Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 17 Mai 1884. Nr. 229.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

14. Sitzung vom 16. Mai.

Am Ministertische: v. Scholz, v. Puttkamer, Maybach und mehrere Kommissarien; am Schluß der Sitzung erscheint Reichskanzler Fürst Bismarck im Hause.

Präsident Herzog von Ratibor theilt mit, daß folgende Mitglieder des Hauses gestorben seien: Am 3. April Hermann Frhr. v. Patow, am 11. April Graf v. Houwald, am 19. April Frhr. v. Plotho und am 4. Mai Graf v. Pfeil. Das Haus ehrt das Andenken der Verstorben in der üblichen Weise.

Der Oberbürgermeister von Köln, welcher auf die Dauer von 12 Jahren wiedergewählt wurde, behält den Sitz im Herrenhause.

Die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 21. Januar 1883, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der im Stromgebiete des Rheines durch die Hochwasser herbeigeführten Verheerungen wird gemäß dem durch den Berichterstatter Adams befürworteten Antrage der Kommission in Uebereinstimmung mit dem Hause der Abgeordneten durch Vorlegung der Denkschrift als geführt erachtet.

Ohne Debatte ertheilt das Haus dem Gesetzentwurf, betreffend den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes, in der vom Hause der Abgeordneten beschlossenen abgeänderten Fassung seine Zustimmung.

Letzter Punkt der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für Eisenbahn-Angelegenheiten über den Gesetzentwurf, betreffend den weiteren Erwerb von Eisenbahnen für den Staat; der Entwurf betrifft den Uebergang der Berlin-Hamburger, der Bremischen, der Oels-Gnesener und der Tilsit-Insterburger Bahn an den Staat.

Der Berichterstatter Bredt beantragt, dem vorgenannten Gesetzentwurfe in Uebereinstimmung mit dem Hause der Abgeordneten unverändert die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte diesem Antrage gemäß angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. (Rechnungsvorlagen und Gesetzentwurf betr. die Unterbringung verwahrloster Kinder.)

Schluß $2^1/_2$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 16. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt zwei Artikel über das „Recht auf Arbeit". Am Schlusse des zweiten Artikels heißt es:

„Der Reichskanzler hat in seiner Rede vom 9. d. Mts. nicht verhehlt, daß er die Altersversorgung fortgesetzt im Auge behält, und wenn er somit das höchste Ziel der Sozialreform bezeichnete, so weit sich dieselbe auf Abhülfe der aus der Arbeitsunfähigkeit erwachsenden Nothstände bezieht, so war es eine logische Nothwendigkeit, daß er auch die andere Seite der Frage, die aus dem Mangel an Arbeitsgelegenheit erwachsende Noth ins Auge faßte, welche das preußische Landrecht bereits ins Auge gefaßt hat. Wir haben schon in dem ersten Artikel darauf hingewiesen, daß das Landrecht nur bestätige, was zu allen Zeiten Gegenstand der Regentensorge der Hohenzollern war: durch Arbeitgewährung nicht blos einer vorübergehenden Noth abzuhelfen, sondern auch dauernden Gewinn für die Landeswohlfahrt dadurch herbeizuführen. Welche Kulturen sind zu diesem Zwecke geschaffen! Weit entfernt also, daß die realen Verhältnisse der Sozialreform, welche ihr Augenmerk auf die Arbeitslosigkeit als eine Quelle des Elends oder des Verbrechens richtet, den Einwand der Unmöglichkeit gegenüberstellen, fordern sie vielmehr zu einer Kodifizirung auf, deren Schwierigkeit sich natürlich Niemand verhehlen kann, da dieselbe nicht blos auf unvorhergesehene Kalamitäten, sondern auch auf individuelle Nothstände Rücksicht nehmen müßte."

— Der Vorstand des Abgeordnetenhauses war gestern Abend wegen des Baues des neuen Abgeordnetenhauses wiederum zu einer Sitzung zusammengetreten, zu welcher Geh. Rath Kleinschmidt zugezogen war. Minister von Puttkamer war anwesend, zu einem definitiven Beschluß ist es wiederum nicht gekommen; gegen das von der Regierung in Vorschlag gebrachte Terrain an der Dorotheenstraße zeigt sich auf allen Seiten noch dieselbe Abneigung wie bisher.

— Gestern hielt der Centralverband deutscher Industrieller seine Generalversammlung ab, in welcher der Geh. Finanzrath Jencke, Vorsitzender der Krupp'schen Verwaltung, über den einzigen Punkt der Tagesordnung: „den Gesetzentwurf über die Unfallversicherung der Arbeiter" referirte. Dem Berichte der „N. Pr. Ztg." entnehmen wir über den Gang der Verhandlung das Folgende:

„Zunächst betonte der Vortragende ausdrücklich, daß der Zentralverband das Zustandekommen des Gesetzes noch in der laufenden Sitzungsperiode aufrichtig wünsche; daß ferner der Verband keine Opposition mache, sondern vielmehr der wärmste Vertheidiger des Gesetzes sei. Nach seinen praktischen Erfahrungen gäben aber einzelne Paragraphen der jüngsten (3.) Vorlage Anlaß zu Bedenken und Besorgnissen. In fast fünfviertelstündigem, mit offenbarer Hingebung an die Sache ausgearbeitetem Vortrage kam der Referent, nach einer durch Beispiele erläuterten Abwägung, zu folgenden (hier in Kürze wiedergegebenen) Resolutionen. Der Verein erklärt sich einverstanden: 1) mit der Organisation von für bestimmte, abgegrenzte Bezirke zu bildenden Berufsgenossenschaften; 2) mit der Fixirung der Renten, Begräbnißgelder und Abfindungen, wie solche in den §§ 5 bis 7 des Gesetzentwurfes vorgesehen ist, vorbehaltlich der Normirung der Höhe des in Berechnung zu ziehenden Tagelohns auf den Maximalbetrag von 4 Mk. Der Verband erachtet dagegen: 3) die im Gesetzentwurf der Reichsregierung vorgesehene Bildung besonderer Arbeiter-Ausschüsse und die Zuertheilung der für dieselben in Aussicht genommenen Befugnisse für bedenklich. Ingleichen hält der Verband 4) die den Berufsgenossenschaften vorbehaltenen Rechte, in die inneren Verhältnisse der die Genossenschaften bildenden Werke zum Behufe der Mitwirkung an der Verhütung von Unfällen einzudringen, nicht für dienlich. Der Zentral-Vorstand fordert 5) die Verpflichtung der Arbeiter zur Leistung eines Beitrags zu den Kosten der Unfallversicherung, und 6) einen Reichsbeitrag in dem von der Reichsregierung früher selbst gewollten Maße. Der Verein hält fest 7) an der Normirung einer dreizehnwöchentlichen Karenzzeit; 8) an dem Ausschluß jedes Ersatzanspruchs bei nachgewiesener vorsätzlicher Herbeiführung des Unfalls durch den Verletzten oder vorliegendem groben Verschulden. Hinsichtlich der Aufbringung der Kosten protestirt der Verein 9) gegen das „Deckungs-Verfahren" und verlangt das im Gesetzentwurfe der Reichsregierung geplante „Umlage-Verfahren", 10) soll die Unfallversicherung der Arbeiter nicht nur auf die Betriebe beschränkt werden, für welche das Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 gilt, sondern gemäß dem Gesetzentwurfe von 1882 ausgedehnt werden.

Hierauf ergriff Minister v. Bötticher das Wort. Zunächst spricht derselbe der Versammlung seinen Dank aus für die warme Aufnahme des Gesetzes und für das erfreuliche Bestreben, die Meinungsverschiedenheiten zu klären. Auch läge seitens des Verbandes ein Beweis großen Vertrauens in der Aufforderung an die Reichsregierung, an der General-Sitzung Theil nehmen zu wollen; und er, sowie seine Herren Mitarbeiter seien nicht minder vertrauensvoll erschienen. Sie wollten lediglich das Interesse der Industrie wahren. Bezüglich der Punkte, in welchen der Referent mit den Vorschlägen der Reichsregierung übereinstimme, entgegen den jüngsten Kommissions-Beschlüssen, könne er nur mit freudiger Genugthuung kurz hinweggehen. Namentlich die Aufrechterhaltung der dreizehnwöchentlichen Karenzzeit an Stelle der vierwöchentlichen sei nothwendig. Auch an dem Umlage-Verfahren würden die Regierungen festhalten, da sie das Risiko nicht übernehmen könnten, welches in zu großer Belastung der Industrie läge. Hinsichtlich der Differenzpunkte müsse, entgegen den Ausführungen des Vorredners, auf der Feststellung dauernder Leistungsfähigkeit der Kassen bestanden werden zur Verhütung von Nackenschlägen für die „soliden" Werke. Hinsichtlich der Betriebs-Genossenschaften würde den Wünschen des Verbandes um Bildung mehr lokaler gleichartiger Verbände bei der Ausführung des Gesetzes gern Rechnung getragen werden. — So sehr er auch geneigt sei, die ausgesprochenen Bedürfnisse über die Einrichtung der Arbeiter-Ausschüsse zu würdigen, so wenig könne er sie theilen. Die wahre Natur in den Arbeiter-Ausschüssen scheine noch nicht so erkannt zu sein, wie die Vorlage es sich gedacht habe. Diese Institution habe mit den einzelnen Industriellen absolut nichts zu schaffen und kann also von einem Gegensatze nicht die Rede sein nach dieser Richtung; letzterer könne nur in Betracht kommen gegenüber der Genossenschaft, und zwar nur bei den Unfallversicherungsvorschriften, sonst nirgends. Hierauf beleuchtete der Minister eingehend die von dem Referenten hervorgebrachten Unzuträglichkeiten, die aus dieser Einrichtung entstehen würden. Die Frage des Geh. Finanzrathes Jencke, wer die Organisation der Arbeiter wünsche, beantwortet er, daß der ganze Aufbau des Gesetzes eine Organisirung wünsche zur Bildung von Schiedsgerichten. Der Arbeiter müsse bei der Feststellung des Thatbestandes dabei sein, sonst sei von Schiedsgerichten keine Rede. Eine Beitragspflicht der Arbeiter würde eben so wenig wie eine Reichsbeisteuer von den heutigen politischen Parteien genehmigt werden. Bei der späteren Einrichtung der Alters- und Invalidenversorgung würden ohnehin die Arbeiter zur Beitragsleistung herangezogen werden. — Der Erlaß von Unfallvorschriften seitens der Genossenschaft treffe die solid und sicher fundirten Industrie-Unternehmen nicht. Es gäbe aber eben auch ungeordnete, unzureichend geschützte Fabriken. Diese treffe das Gesetz; aber gerade durch die Vorschriften zur Verbesserung solcher mangelhaften Betriebe würde die Berufsgenossenschaft selbst geschützt und vor Schädigung durch lasche und unsolide Werkstätten gesichert. Das sei mit diesem Gesetz, wie mit jedem anderen. Leute, die nichts verübten, würden nicht davon betroffen. Der geforderte Einblick in die Bücher 2c. könne doch thatsächlich keinen Nachtheil hervorrufen. Wurde derselbe doch schon jetzt den betreffenden Versicherungsbeamten ohne Weiteres gewährt. Selbstverständlich erstrecke sich derselbe nur auf das Nothwendigste. An die Bitte um objektive, zwar nicht zu vertrauensselige, aber auch nicht mißtrauische Behandlung der Regierungsvorlage knüpfte, wie schon gestern bemerkt, der Minister die Worte: „Wir arbeiten nur für Sie (die Industriellen) und werden nicht aufhören, für Sie zu arbeiten." Darauf verließ der Minister gegen $12^1/_2$ Uhr die Versammlung, den Geheimen Regierungsrath Gamp als Vertreter zurücklassend.

Nach der nun gewährten halbstündigen Pause sprach zunächst der Geh. Kommerzienrath Baare. Aus seinem Vortrage sei hier nur erwähnt, daß er noch einmal besonders für die Beitragsleistung der Arbeiter plaidirte. Im Grunde käme diese ja doch aus der Tasche der Arbeitgeber. Ihm antwortete der Geheime Regierungsrath Gamp und betonte gerade hinsichtlich dieser Erklärung, daß dann ja die Hinzuziehung der Arbeiter zur Beisteuer überflüssig sei. Wie sollte überhaupt die Beitragshöhe geregelt werden? Gleichheit darin sei eine Ungerechtigkeit, denn die weniger Gefährdeten oder Geringleistenden könnten doch nicht eben so viel bezahlen, als die Mehrverdienenden. Das sei auch schon jetzt in der Verschiedenheit der Löhne ausgesprochen. Gerade in den Händen der Unternehmer liege die leichteste Möglichkeit, dieses durch die Lohnbeträge zu reguliren.

Hierauf sprachen noch die Abgg. Leuschner, v. d. Zygen, Rumpf und Bück, sowie einige Industrielle des Verbandes für die Resolution. Dieselbe wurde schließlich mit allen gegen 12 Stimmen angenommen und so auch der 11. Punkt erledigt: „Die Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Industriellen beschließt die Ueberreichung der Beschlüsse mit eingehender Motivirung an den Reichskanzler und an das Präsidium des deutschen Reichstages."

— Prinz Wilhelm hat gestern Abend seine Reise nach Petersburg angetreten, um dort am 18. d. M. den Großfürsten Thronfolger von Rußland bei dessen Großjährigkeit zu beglückwünschen. Bei der Abreise auf dem Zentralbahnhofe in der Friedrichstraße waren der russische Botschafter Fürst Orlow in großer Uniform, der russische Militärbevollmächtigte Generalmajor à la suite Fürst Dolgorucki, der Militär-Attaché Oberst von Dahler sowie sämmtliche Sekretäre und Attachés der russischen Botschaft versammelt. Wie wir erfahren, überbringt Prinz Wilhelm persönlich dem russischen Großfürst Thronfolger den demselben anläßlich seiner Großjährigkeit vom Kaiser verliehenen hohen Orden vom Schwarzen Adler nebst dem en sautoir zu tragenden Großkreuz des Rothen Adler-Ordens; Prinz Wilhelm wird diese hohe Auszeichnung auch am 18. d. M. dem Großfürsten persönlich überreichen.

Ausland

London, 15. Mai. Die „Pall Mal Gazette" versichert, daß es wahrscheinlich zu keiner Konferenz kommen werde. Mit oder ohne Konferenz werde aber die Regierung sich entweder dazu verstehen müssen, das Protektorat über Egypten zu übernehmen, oder aber Ismail Pascha, den in London weilenden Exkhediven wieder einzusetzen. Im ersteren Falle gebe es nur einen Mann, dessen Tüchtigkeit, Erfahrung und Persönlichkeit ihn befähige, am Nil die Ordnung wieder herzustellen, und dies sei Herr Göschen. Wenn er nach Kairo entsandt wird, so sei noch die Möglichkeit gegeben, England vor unauslöschlicher Schmach und Egypten vor dem Ruine zu bewahren. Die Zeit dränge aber, und es sei keine Stunde zu verlieren.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. Mai. Der wichtigste Gegenstand der Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag war die Vorlage betreffend den Neubau und Errichtung von Schulen. Eine gleiche Vorlage beschäftigte bekanntlich bereits einmal die Versammlung und wurde damals der folgende Antrag der Finanzkommission angenommen: Im Prinzip wird der Neubau eines Stadtgymnasiums empfohlen, doch scheint der in Aussicht genommene Bauplatz an der alten Falkenwalderstraße nicht geeignet und wird der Magistrat um Vorschläge in Betreff eines besseren und dem Zentrum der Stadt näher gelegenen Bauplatzes ersucht. Dem Magistrat wird im Uebrigen in Erwägung gegeben: 1) ob das Stadtgymnasium sich nicht für die Aufnahme der höheren Mädchenschule eignet, 2) ob das für Schulzwecke anzukaufende Waisenhaus nicht besser für die Aufnahme der kombinirten Otto-Barnimschule passend ist, 3) ob die höhere Mädchenschule nicht zu einer Volksschule zu verwenden ist. 4) Die Ministerialschule mit den abgezweigten Klassen im Hause Rosengarten Nr. 19 würde bei Annahme dieser Vorschläge dem Magistratsantrage entsprechend in die Ottoschule verlegt werden.

Nach eingehender Erörterung dieser Vorschläge hatte die Stadtschuldeputation ein neues Projekt entworfen und dem Magistrat vorgelegt. Dieselbe hält an dem Neubau eines Stadtgymnasiums fest, erachtet auch auf Grund spezieller statistischer Erwägungen die an der alten Falkenwalderstraße für den Neubau in Aussicht genommene Baustelle nicht für ungeeignet, zumal da ein dem Zentrum der Stadt näher gelegener Platz, wie ihn die Finanzkommission gewünscht hatte (etwa am Paradeplatz zwischen dem Durchbruch der Straße Nr. 75 und dem Berliner Thor oder zwischen Straße 75 und der Bismarckstraße), der Stadt nach dem vorläufigen Anschlage des Herrn Stadtbaurath Kruhl um etwa 80- bis 100,000 M. höher zu stehen kommen würde. Auch der von der Finanzkommission vorgeschlagenen Verlegung der städtischen höheren Mädchenschule in das Gebäude des Stadtgymnasiums hat die Deputation trotz der mancherlei Vortheile, welche dieselbe bieten würde, nicht zustimmen können, hauptsächlich weil die Mädchen dadurch des Sommerturnens auf dem Hofe verlustig gehen, ja nicht einmal einen guten und hinreichend bequemen, vor der Berührung mit dem Straßenleben geschützten Erholungsort im Freien besitzen würden. Auch der für kleinere Mädchen ungeeignete Zugang zu dem Stadtgymnasium durch die Magazinstraße sprach gegen die Verlegung. Ferner ist in dem neuen Projekt von einer Kombination der Otto und Barnimschule Abstand genommen worden, weil sehr gewichtige pädagogische Gründe gegen eine so große Anstalt, wie sie dadurch entstehen würde, erhoben worden sind. Im Einzelnen lauten die neuen Vorschläge:

1) Es wird ein neues Stadtgymnasium gebaut. 2) Die Ottoschule wird in das Stadtgymnasium verlegt. 3) Es wird eine neue Barnimschule gebaut. 4) Die Ministerialschule bezieht das Gebäude der Ottoschule. 5) Das Waisenhaus wird angekauft und zur Aufnahme einer Volksschule eingerichtet. Die Bildergallerie bleibt in den bisherigen Räumen. 6) Nach drei Jahren wird eine neue Volksschule gebaut. 7) Die Vorschule des Stadtgymnasiums (ehemalige Gewerbeschule) wird, da sie zu Schulzwecken durchaus ungeeignet ist, dem pommerschen Museum überwiesen gegen die bisher von demselben gezahlte Subvention von 1500 M. (kapitalisirt 30,000 M.).

Die Kosten betragen nach den früheren Anschlägen: 1) für den Neubau eines Stadt-Gymnasiums 380,000 M., 2) für den Neubau der Barnimschule 160,000 M., 3) für Ankauf des Waisenhauses 150,000 M., 4) für den Bau einer Volksschule nach drei Jahren 120,000 M., im Ganzen also 810,000 M. Davon gehen ab an Einnahmen aus dem Verkauf der Ministerialgrundstücke 50,000 M., an Miethe für die Bildergallerie (IV., 1 1.) 1500 M., kapitalisirt 30,000 M., und an Subvention an das pommersche Museum (IV., 3 2), 1500 M., kapitalisirt 30,000 M., im Ganzen also 110,000 M., so daß ein Gesammtzuschuß von 700,000 M. erforderlich bleibt.

Die Vortheile dieses Projektes erblickt die Deputation namentlich darin, daß zwei Volksschulen, die Ministerialschule und die neue Volksschule im Waisenhause im Innern der Stadt bleiben, welche sonst nur eine Knaben-Volksschule (auf dem Rosengarten) aufweisen würde. Für die Wahl des Bauplatzes der Barnimschule wurde eine Gegend im Nordosten der Stadt vorgeschlagen.

Demnächst beschäftigte sich der Magistrat eingehend mit diesem Projekt und es schien ihm bei der gegenwärtig herrschenden Klassennoth der Schulen zur Förderung der Schulbauangelegenheit am zweckmäßigsten, von der Berathung über die ganze Vorlage der Schuldeputation vorläufig Abstand zu nehmen und daher den Beschluß über die Vorschläge derselben ad 1, 2 und 6 zu vertagen.

Der Magistrat beschloß, für die Ministerialschule und die Barnimschule neue Schulgebäude zu beschaffen und soll zu dem Zwecke:

1) Das Waisenhaus gegen Zahlung von 150,000 Mark an den Waisenhausfonds erworben werden.

In die parterre und eine Treppe hoch belegenen Räume werden die 11 Klassen der Ministerialschule, sowie die 3 Nebenklassen der Rosengarten-Knaben-Volksschule, die Hauptlehrer- und Schulwärter-Wohnung verlegt. Die Bildergallerie bleibt in den alten Räumen. — Wegen Verlegung des Waisenhauses wird eine besondere Vorlage erfolgen.

2) Eine neue Barnimschule wir in Petrihof gebaut.

Der Magistrat ersucht die Versammlung, die Kosten für die Erwerbung des Waisenhauses mit 150,000 Mark, sowie die für den Bau einer Barnimschule mit 160,000 Mark zu bewilligen.

Die Finanz-Kommission, in deren Namen Herr Dr. Eckert referirt, stellte sich gleichfalls auf den Boden dieser Magistrats-Vorlage, war jedoch getheilter Ansicht. Die Minorität wollte erst einen festen Plan der in nächster Zukunft nothwendig werdenden Schulbauten vorgelegt haben, damit man sehen könne, was im Ganzen geschaffen werden soll. Der andere Theil machte geltend, daß über das, was die Magistrats-Vorlage verlange, keine Meinungsverschiedenheit herrschen könne und es wurde daher vorgeschlagen, der Magistrats-Vorlage zuzustimmen. Ein größerer Widerspruch machte sich nur gegen den Bauplatz für die Barnimschule in Petrihof geltend, weil dieser Platz zu weit außerhalb dem Zentrum der Stadt belegen sei und die Verlegung der Schule in die Nähe des Königsthors mehr empfehlenswerth erscheine. Die Finanz-Kommission beantragte daher: Es wird beschlossen, für die Ministerialschule und die Barnimschule neue Schulgebäude zu beschaffen und soll zu dem Zweck:

1) Das Waisenhaus gegen Zahlung von 150,000 Mark an den Waisenhausfonds erworben werden. In die parterre und 1 Treppe hoch belegenen Räume werden die 11 Klassen der Ministerialschule, sowie die 3 Nebenklassen der Rosengarten Knaben-Vorschule, die Hauptlehrer- und Schulwärter-Wohnung verlegt. Die Bildergallerie bleibt in den alten Räumen. — Wegen Verlegung des Waisenhauses wird eine besondere Vorlage erfolgen.

2) Eine neue Barnimschule wird, vorbehaltlich der Genehmigung des Bauplanes, gebaut.

3) Die Kosten werden aus den Ueberschüssen der Sparkasse entnommen.

Herr Saunier vertritt den Standpunkt der Minorität der Finanz-Kommission und ist der Ansicht, daß bei einem so großen Unternehmen vorher ein ganz genau ausgearbeiteter Plan vorliegen müsse. Redner ist aber auch aus speziellen Gründen gegen die Vorlage. Es sei Jeder darüber einig, daß ein neues Stadtgymnasium gebaut werden müsse; wenn dies geschieht, so seien zwei ausgezeichnete Räumlichkeiten für die Mittelschulen im Mittelpunkte der Stadt vorhanden, nämlich das Stadt-Gymnasium und das Waisenhaus, die Mittelschulen dürften nicht aus dem Zentrum der Stadt verlegt werden, denn nur im Zentrum der Stadt seien sie in der Nähe derjenigen Kreise, welche ihre Kinder in diese Schulen schicken. Würde die Barnimschule nach Petrihof verlegt, so wäre dies ihr Todesstoß, denn 2/3 der Gesammt-Schülerzahl derselben sei jetzt aus der Mittel- und Unterstadt. Auch müsse Redner erst wissen, wohin die Waisenkinder gebracht werden sollen, ehe er dem Verkauf des Waisenhauses zustimmen könne.

Herr Graßmann wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Vorredners. Letzterer sei seinem bisherigen Prinzip der Sparsamkeit untreu geworden, denn während der Magistrat zur Zeit nur 300,000 Mark für Neubauten verlangt, wünscht Herr Saunier sofort eine Vorlage, welche sämmtliche geplanten Schulbauten umfaßt und 700,000 Mark erfordert. Wenn derselbe u. A. meinte, das Waisenhaus liege im Mittelpunkte der Stadt, so sei diese Behauptung neu. Es empfehle sich nicht, nach dem Vorschlage des Vorredners, die Mittelschulen nach dem Waisenhaus und dem Stadt-Gymnasium zu verlegen, zweckmäßig sei es vielmehr, die eine nach der Neustadt, die zweite in die Nähe des Königsthors zu bringen. Die vom Magistrat eingebrachte Vorlage, mit dem Antrage der Finanz-Kommission, sei klar und berücksichtige das augenblicklich Nothwendige, so daß man derselben unbedingt zustimmen müsse. Wenn der Vorredner schließlich frage, wo das Waisenhaus hin soll, so sei zu erwidern, daß die Erfahrungen der letzten Jahre gelehrt haben, daß es am besten sei, es werde kein neues Waisenhaus gebaut, die Waisen vielmehr auf andere Weise untergebracht.

Herr Schulrath Dr. Krosta sucht die von Herrn Saunier gegen die Magistrats-Vorlage vorgebrachten Bedenken zu widerlegen und betonte, daß der Magistrat zunächst bemüht war, das Nothwendigste zu beschaffen und dies sei eine Beseitigung der Ministerial- und der Barnimsschule. Der Herr Schulrath weist noch darauf hin, daß nach der Schüler-Frequenz-Liste des Sommer-Semesters es keinem Zweifel unterliegen könne, daß auch bald an den Neubau von Volksschulen gedacht werden müsse. Was schließlich den projektirten Bauplatz in Petrihof betreffe, so sei die Annahme desselben nur zu empfehlen, denn die Eltern sehen weniger auf die Entfernung als auf die gute und gesunde Lage der Schulhäuser und eine bessere Lage als in Petrihof sei nicht zu finden.

Herr Rechtsanwalt Werner vertritt die Ansicht des Herrn Saunier und beantragt, „unter vorläufiger Ablehnung der Magistratsvorlage resp. unter Aussetzung der Beschlußfassung über dieselbe, den Magistrat zu ersuchen, möglichst bald eine Vorlage einzubringen, welche alle in nächster Zeit nöthig werdenden Schulbauten umfaßt".

Herr Dr. Wolff sieht weder in dem Antrage der Finanz-Kommission noch in dem Werner'schen Antrag eine Gefahr, seine persönliche Ansicht neige sich jedoch mehr zu dem Letzteren und er werde daher auch für diesen stimmen. (Nach den Ausführungen der weiteren Redner erklärte sich derselbe jedoch gleichfalls für die Magistrats Vorlage.)

Herr Oberbürgermeister Haken bittet um Annahme der Magistratsvorlage. Es seien dem Magistrat so viel Projekte vorgelegt worden, welche schließlich immer wieder durch neue verdrängt wurden, daß der Magistrat zu der Ueberzeugung kam, es sei unmöglich, schon jetzt ein klares Bild von allem Nothwendigen zu geben, es sei vielmehr richtig, die einzelnen Theile aus der großen Masse zur Ausführung zu bringen, sowie die Nothwendigkeit erwiesen sei. Wenn der Antrag Werner angenommen würde, so sei es doch unmöglich, denselben auszuführen, denn jeder vorgelegte Plan würde Bedenken verursachen und schließlich immer wieder umgestoßen werden. Redner empfiehlt Annahme der Magistratsvorlage.

Herr Döring will dem Verkauf des Waisenhauses gleichfalls nicht eher zustimmen, ehe er den projektirten neuen Platz für das Waisenhaus nicht kennt; er habe zwar gehört, daß der Herr Oberbürgermeister und der Herr Schulrath schon darüber einig seien, daß dasselbe nach Armenhaide verlegt werden soll, er wundere sich daher, daß dieser Plan hier nicht vorgelegt oder angedeutet würde.

Herr Oberbürgermeister Haken entgegnet, daß derjenige, welcher dem Vorredner diese Mittheilung gemacht habe, einen kuriosen Begriff von der Städteordnung haben müsse. Richtig sei nur, daß gelegentlich einer Besichtigungsreise nach Armenhaide der Gedanke aufgenommen wurde, das Waisenhaus nach dort zu verlegen, weil Lage und die vorhandenen Gebäude dazu günstig seien. Damit sei aber noch lange keine „Einigung" erzielt, der Magistrat sei vielmehr erst jetzt bei der Vorbereitung, um die ganze Tragweite des Gedankens weiter zu verfolgen.

Nachdem noch Herr Dr. Amelung für den Werner'schen Antrag das Wort ergriffen, wird ein Schlußantrag angenommen und bei der Abstimmung erhält, wie schon mitgetheilt, der Antrag der Finanz-Kommission die Majorität.

— Der diesjährige (XII.) Pferdemarkt verdient durch die damit verbundene Hunde-Ausstellung ein besonderes Interesse, aber er zeichnet sich auch durch eine sehr reiche Ausstellung von Pferden aus und deshalb ist er auch der Beachtung des Publikums und besonders der Pferde- und Hundeliebhaber zu empfehlen. Es sind über 500 Pferde angemeldet und wenn auch die Aussteller zum größten Theil Händler sind, so sind doch auch namhafte Züchter vertreten. Die größte Anzahl von Pferden sind von folgenden Herren angemeldet: Behrendt-Neustadt a. D. (50), Jul. Becker u. Co.-Naugard (36), Gebr. Hirschlaff-Dresden (25), Th. Lewinsky-Penkun (20), S. Giesener-Stargard (20), Ph. Elkan-Berlin (18), G. Pieck-Schievelbein (18), S. u. F. Berg-Berlin (15), J. Zöllner-Neu-Ruppin (15), M. Schlesinger-Landsberg a. W. (12), v. Homeyer-Wrangelsburg (10), B. M. Heymann-Pyritz (10), Amtmann Meyer-Wattendorf (10), C. Brettschneider (10), Oekonomierath Kieckebusch-Petershagen (10), M. Krain-Berlin (10), Hanschner-Wriezen (8), Baumann-Lilienthal bei Arnswalde (8), W. Becker-Bahn (8), Rittergutsbes. Lobedan-Neu-Klinken (7), Stallmeister Schulz-Königsberg i. P. (6), Rittmeister v. Sichart-Greifenberg (5), Fuhrherr Lentz-Stettin (4).

Zur Prämiirung sind bis jetzt angemeldet je 6 Pferde von Gebr. Hirschlaff-Dresden, Lewinsky-Penkun, J. Becker u. Co.-Naugard; je 5 Pferde von Meyer-Woltersdorf, Kieckebusch-Petershagen, M. Schlesinger-Landsberg; 3 Pferde von S. Giesener-Stargard; je 2 Pferde von Frau Lenke-Heinrichsdorf, S. u. F. Berg-Berlin, Wachtmeister Schewe-Greifenberg, Graf Borcke-Stargordt, Hecht-Priberat, Stallmeister Schulz-Königsberg i. Pr.; je 1 Pferd von M. Pieck-Stargard, H. Tummeley-Zeitlitz, Krüger-Retzin, E. Meyer-Wangerin, Schimmelpfennig-Prutz, Oberst Lieutenant v. Lettow, Westphal-Marwitz, G. Pieck-Schievelbein, Major von Siechart-Treptow, Lieutenant Dumrath-Stargard und Inspektor Krause-Matzdorf. — Die Hunde-Ausstellung ist mit 174 Hunden (exklusive Würfe) beschickt worden, welche sich auf folgende Racen vertheilen: 13 Schweißhunde, 30 Vorsteh-Hunde, 4 Griffons, 19 Pointers, 7 English Setters, 4 Irish Setters, 7 Gordon Setters, 42 Dachshunde, 7 Fox Terriers, 3 Bull Terriers, 3 englische Windhunde, 4 Bracken, 3 Windspiele, 6 Pudel, 4 Spitze, 4 deutsche Doggen, 6 Bernhardiner, 1 Colli (schottischer Schäferhund), 3 Neufundländer, 1 Rattenfänger (englisch), 1 Bulldogge, 1 Affenpintscher, 1 Pointer Pudel. Die Prämiirung der Hunde findet, wie bereits mitgetheilt, heute, Morgens 9 Uhr, statt, und zwar für die Jagdhund-Klasse durch Mitglieder des deutschen Jagdklubs, während die Nicht-Jagdhund-Klassen durch die hiesigen Herren Dr. Bauer und Werner Hasse begutachtet werden. — An der Maschinen-Ausstellung betheiligen sich hervorragend hiesige Firmen. Die Herren Schütt u. Ahrens stellen (neben einer Kollektion englischer Schafböcke) eine reiche Auswahl der verschiedensten Maschinen aus, wir finden da eine Bergedorfer Göpeldreschmaschine, einen Dampf-Dreschapparat von Clayton u. Schuttleworth in London, eine Unkrautauslesemaschine, eine Original-Bakers-Getreidereinigungsmaschine, eine Omrium Getreide-Mähmaschine, einen doppeltwirkender Heuwender u. A. m. Die Firma Helm u. Co. hat außer dem Helmschen Kultivator Häckselmaschinen, Pflüge u. dergl. ausgestellt. Besonders hervorzuheben ist eine Dampf-Dreschmaschine von Vogel & Co. aus Leipzig und als Neuheit ein Giese'scher Jauche-Vertheiler. Außerdem bringt diese Firma eine vollständige Molkerei-Anlage mit allem Zubehör. Als neue Apparate für das Molkereifach bemerkten wir darunter einen von der Firma zur Patentirung angemeldeten Milchaufzug und einen Milchanwärmeapparat für Göpelmolken. Die ferner ausgestellten verzinnten Blechwaaren zeigen eine sehr solide Arbeit. Uebrigens hat sich die Firma durch Anlegung der Pommerschen Molkereischule zu Kasekow bereits auf diesem Felde einen Ruf erworben. — Die Herren Brocksch & Kayser weisen gleichfalls eine sehr reiche Ausstellung auf, wir erwähnen besonders eine Dampf-Dreschmaschine mit Patent-Vorwärmer von Brown & May, eine Dreschmaschine mit Trittwerk (für Fußbewegung), einen Kartoffel-Dampf-Apparat und als ganz neu eine von dem Mitinhaber der Firma Herrn A. Brocksch bereits zur Patentirung angemeldete Düngerstreumaschine; nicht unerwähnt wollen wir auch eine Dreschmaschine mit nur einer Kurbelwelle — Patent „Nalder" — lassen, welche sich durch einfachste und dauerhafteste Konstruktion, ferner durch leichten ruhigen Gang auszeichnen soll.

Heute und morgen konzertirt am Vor- und Nachmittag die Jancovius'sche Kapelle. — Die Restauration wird von zwei bewährten Wirthen, den Herren Rumpf und Rohrer, geleitet und dürfte daher auch für die leiblichen Bedürfnisse auf das Beste gesorgt sein.

— Die Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspektoren Abraham zu Stettin und Schultz zu Stolp sind zu Regierungs- und Bauräthen ernannt.

— Der Rechtsanwalt Schmidt zu Belgard ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Belgard, ernannt worden.

— Die Korrigenden in dem Arbeitshaus benutzen jede Gelegenheit, um den Aufenthalt in der Korrektionsanstalt zu kürzen und in einer Strafanstalt Unterkommen zu finden. Sie schrecken da vor Nichts zurück, versuchen Brandstiftungen, Aufreizungen u. A. m. Auch die Störung des sonntäglichen Gottesdienstes ist ein beliebtes Mittel zum Zweck. So fand am 2. März d. J. in der Kapelle der Korrektions-Anstalt zu Ueckermünde Gottesdienst statt; Korrigend Buchbinder Franz Schey aus Wildenau in Böhmen, ein bereits vielfach wegen Betteln und Landstreichen vorbestrafter Mensch, störte plötzlich dadurch die Andacht, daß er während der Predigt seinen Schuh auszog und gegen den amtirenden Geistlichen warf. Deshalb in der gestrigen Sitzung der Strafkammer 3 wegen Störung des Gottesdienstes angeklagt, wurde Schey zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt.

Der Pächter der Jagd der Woltiner Forst bemerkte mit seinem Förster eines Tages mehrere Männer, welche zur Jagd ausgerüstet in seinem Revier gingen, auch hörte er mehrere Schüsse. Den drei Verdächtigen wurde der Weg abgeschnitten und ihre Persönlichkeiten als die des Kaufmanns Wilke aus Greifenhagen, des Zieglermeisters Christ. Splinter aus Woltin und des Privatförsters Daniel Schmidt aus Woltin festgestellt. Gegen alle drei wurde Anklage wegen Jagdvergehens erhoben und dieselben auch bei der gestrigen deshalb anstehenden Verhandlung für schuldig befunden. Wilke ist bereits 4 Mal wegen gleichen Vergehens vorbestraft, und da die bisher erkannten Geldstrafen fruchtlos geblieben sind, hielt es der Gerichtshof nicht für angezeigt, nochmals auf Geldstrafen zu erkennen, sondern verurtheilte ihn zu 1 Monat Gefängniß. Auch bei Schmidt wurde die Sache schwerer angesehen, weil er selbst ein Waldschutzbeamter ist, ihn traf eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen, während gegen Splinter auf 30 Mark Geldstrafe event. 6 Tage Gefängniß erkannt wurde. Auch wurde die Einziehung der von den 3 Angeklagten bei der That geführten Gewehre, sowie des dem Schmidt gehörigen Hundes ausgesprochen.

— Die Anlagen auf den Schmuck- und Erholungsplätzen in unserer Stadt werden jetzt vielfach dadurch beschädigt, daß Kinder über die angebrachten Bewährungen steigen und sich auf dem frischen Rasen herumtummeln, dabei auch wenig Rücksicht auf die Sträucher und Blumen nehmen. Es ist nicht möglich, daß die zur Beaufsichtigung angestellten Beamten immer zur Hand sein können, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten und wäre es daher erwünscht, wenn Eltern und Erzieher die Kinder in dieser Beziehung vermahnen und besonders die Kindermädchen anweisen möchten, die denselben anvertrauten Kinder von dem Betreten der Rasenplätze zurückzuhalten. — Ein weiterer Schaden wird von der Jugend bei der Jagd auf Maikäfer verursacht, indem Steine nach den Kastanienbäumen geschleudert werden und hierdurch nicht allein die Bäume beschädigt, sondern auch die Wege unsicher gemacht werden. Auch hier wäre eine schärfere Kontrolle erwünscht.

— Der Postdampfer „Salier", Kapitän C. Wiegand, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 30. April von Bremen abgegangen war, ist am 15. Mai wohlbehalten in Baltimore angekommen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysiumtheater: „Villa Friedelsruh." Heiteres Lebensbild mit Gesang in 4 Aufzügen. Bellevuetheater: „Der lustige Krieg." Komische Operette in 3 Akten.

Vermischte Nachrichten.

Angermünde, 10. Mai. Das hiesige Kreisblatt enthält folgende originelle Anzeige: Allen Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß meine Frau Adelheid, geb. Tews, am 20. April von einem gesunden Knaben (mit dem das Dutzend voll) glücklich entbunden ist. Lieb Vaterland, magst ruhig sein. Karl Heuer, Gastwirth.

Frankfurt a. M., 13. Mai. In einem Hause der Humboldtstraße, in welchem nach dem naiven Kinderglauben der Storch erwartet wird, kam in diesen Tagen wirklich ein leibhaftiger zum Fenster hereingeflogen, warf einen Spiegel von der Wand, einen Säbel in die Ecke und wollte sich mit einem Chignon davon machen. Nur mit Mühe konnte ihm dasselbe abgenommen werden, worauf er ärgerlich durch ein Fenster das Weite suchte.

— Ueber ein neues Mittel gegen die Diphteritis hat ein Pariser Arzt, Dr. Delthil, neulich der Akademie der Wissenschaften folgende Mittheilungen gemacht: „Bekanntlich bildet sich bei der Diphteritis ein Exsudat, sogenannte falsche Membranen, welche die Luftwege oft bis in die Bronchien bedecken. Dr. Delthil hat nun beobachtet, daß diese Ablagerungen sich in wenigen Augenblicken bei der Berührung mit Dämpfen von Theer und Terpentin-Essenz lösen, und hat wirklich, gestützt auf diese Wahrnehmung, schon an der Diphteritis erkrankte und bereits aufgegebene Kinder gerettet. Man zündet — selbst nach dem Luftröhrenschnitt — neben dem Bette des Kranken eine Mischung von Theer und Terpentin an; das Zimmer füllt sich alsbald mit einem schwarzen und dichten Rauch, so daß die im Zimmer befindlichen Personen einander kaum sehen können, ohne jedoch eine Belästigung zu verspüren. Das Kind athmet kräftig und mit Behagen diese Harzluft ein, deren belebende Kraft es fühlt; bald lösen sich die falschen Membranen ab, werden ausgeworfen und lösen sich, in ein Glas gesammelt, vollständig auf. Gleichzeitig fährt Dr. Delthil fort, die Kehle des Kindes mit Steinkohlentheer und Kalkwasser zu spülen. In zwei bis drei Tagen soll das Kind vollständig geheilt sein. Zugleich dienen diese Räucherungen als Desinfektionsmittel." Wenn der Erfolg dieses Mittels so sicher eintritt, wie er hier in Aussicht gestellt wird, dann darf die leidende Menschheit Herrn Delthil als einen ihrer größten Wohlthäter preisen.

— (Aus der Schule.) Lehrer: „Wenn Du fünf Aepfel hast und weitere drei dazu erhältst, wie viel hast Du dann?" Schüler: „Acht." Lehrer: „Und wenn Du noch zwei dazu bekommst?" — Schüler: „No, han i g'nueg!"

— (Empfehlend.) Dame: Noch eine Frage, bevor ich Sie in den Dienst nehme: Sind Sie auch treu? Liese: Gewiß, Madame. Ich habe immer nur einen Liebhaber.

Telegraphische Depeschen.

Leipzig, 16. Mai. Die heutige Sitzung begann mit den Plaidoyers. Vertreter der Rechtsanwaltschaft, Staatsanwalt Treplin beantragte nach längerer Rede gegen Hentsch 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust; gegen Kraszewski 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Samter hält seinen Klienten Hentsch nur wegen Auslieferung der Instruktion betreffend Pferde-Aushebung und wegen der Sturmgeräthe-Angelegenheit für schuldig und plaidirt für mildernde Umstände.

Petersburg, 16. Mai. Zu der am 18. d. anläßlich der Großjährigkeitserklärung des Großfürsten-Thronfolgers im Winterpalais stattfindenden Beeidigung desselben werden laut Hofansage die Hofstaaten, das diplomatische Korps, die Staatswürdenträger, die Generalität und die Offizierkorps erscheinen. Am 19. Mai empfängt der Großfürst-Thronfolger im Anitschkoff-Palais die Gratulationen des diplomatischen Korps und findet sodann im Winterpalais Galatafel statt.

Warschau, 16. Mai. Der Generalgouverneur Gurko ist bedenklich erkrankt und hat deshalb seine beabsichtigte Reise zu den Feierlichkeiten der Großjährigkeit des Großfürsten-Thronfolger nach Petersburg gänzlich aufgegeben.

Rom, 15. Mai. Der „Osservatore Romano" erklärt die Blättermeldung, daß zwischen der italienischen Regierung und der Propaganda wegen eines Arrangements oder Kompromisses bezüglich der unbeweglichen Güter der Propaganda gegenwärtig Verhandlungen stattfänden, für unbegründet.

London, 15. Mai. Das Oberhaus hat die Regierungsvorlage betreffend den Schutz von Frauen und Mädchen gegen die Verleitung zur Prostitution heute in der Einzelberathung erledigt.

Kairo, 15. Mai. Die Kommission für die Reform des Justizwesens lehnte in ihrer heutigen Sitzung den Antrag ab, Vertreter von Mächten zweiten Ranges für erledigte Posten bei dem Appellhofe in Alexandrien zu ernennen. Der Delegirte Belgiens protestirte gegen diesen Beschluß und verließ die Sitzung, die Delegirten der anderen Mächte zweiten Ranges nahmen weiter an den Berathungen Theil.

Der Mudir von Berber ist dahin verständigt worden, daß ihm keine Verstärkungen gesandt werden können. Für den Fall, daß seine Streitkräfte nicht genügen, um sich gegen die Aufständischen zu halten, ist der Mudir autorisirt worden, mit der Garnison den Rückzug anzutreten.

Washington, 15. Mai. In der heutigen Sitzung des Senates wurde eine Resolution eingebracht, in welcher eine Enquete darüber beantragt wird, ob die Fallissements der Nationalbanken Gesetzesverletzungen seitens der Leiter dieser Institute zuzuschreiben sind. Außerdem wurde eine Resolution eingebracht, welche dahin geht, Börsenspekulationen seitens der Nationalbanken zu verhindern.